

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

194 (21.8.1918)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: Montag in der Geschäftsstelle, in Abgaben od. am Postamt monatlich 1,10 M., 1/2jähr. 5,30 M., Zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 3,60 M.; durch die Post 1,24 bezw. 3,72 M.; durch die Feldpost 1,26 M. bezw. 3,60 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Montag mittags, Geschäftszeit: 7-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Spalt-, Kolonietzele od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für große Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

100 Jahre badische Verfassung.

Karlsruhe, 21. August.

Mitten in die rauschenden Akkorde des politischen Lebens der Gegenwart, in die weltumwälzenden Vorgänge auf den blutigen Schlachtfeldern Europas und in das drängende Geben der Völker nach baldiger Beendigung der furchtbaren Katastrophe fällt die badische Verfassungsfeier. Im Bade Wiesbaden im romantischen Mendstale unterzeichnete der damals regierende Großherzog „unter dem vereinten Ansturm seiner gesamten männlichen und weiblichen Umgebung“, wie der Chronist berichtet, am 22. August 1818, das wichtige Schriftstück, welches dem badischen Volke eine Verfassung verlieh, nachdem Bayern und Nassau bahnbrechend vorgegangen waren. Eine Feier ohne Feierstimmung, ein Fest ohne freudigen Nachhall in den breiten Schichten des Volkes! Denn der Weltkrieg hat die allgem. Trauer über die Nationen verhängt und das Großherzogtum Baden kann und will davon keine Ausnahme machen. Man weiß, es geht heute um mehr, als um die konstitutionellen Einrichtungen eines deutschen Bundesstaates, es handelt sich in diesem entsetzlichen Ringen um das politische und wirtschaftliche Sein oder Nichtsein der führenden Großmächte Europas. Nicht wie vor fünfzig Jahren können wir deshalb die Verfassungsfeier begehen, mit Fahnenstumpf und stimmungsvollem Festgange; wir müssen uns heute begnügen mit Gedenkreden der Presse und der morgigen Festsetzung der Kammer der badischen Landstände.

legenheit hätte, ihre Ansichten und Meinungen, wie den Uebeln der Zeit, schweren politischen und wirtschaftlichen Mislagen, und anderen sozialen Gebrechen wirksam zu begegnen ist, den breiten Massen laufend zur Kenntnis zu bringen? Im Vordergrund ihrer agitatorischen Tätigkeit steht immer die Propagierung der Forderungen an das Parlament, weil sie weiß, daß es mit der Kritik allein nicht getan, daß man ständig Sand anlegen muß, soll es langsam aber sicher besser werden im Land und im Reich. Nur unter dem Gesichtspunkt versteht man z. B. auch die große Bedeutung des jetzigen preussischen Wahlrechtskampfes, wenn man sich bewußt ist, daß von den Parlamenten das Wohl und Wehe der Nation abhängt und der Einfluß einer Partei fast durchgängig identisch ist mit der Zahl der Abgeordneten, die in den betreffenden parlamentarischen Körperschaften sitzen. „Die Gesellichkeit tötet unsere Gegner!“ pflegte der alte Wilhelm Liebknecht zu sagen, wenn man ihm vom Anarchismus und von anderen außerparlamentarischen Mitteln sprach, mittels welcher man die Ziele der modernen Arbeiterbewegung rascher zu erreichen vermöge. So hat sich auch die badische Sozialdemokratie immer in gesetzlichen Rahmen gehalten und ist dabei zu steigendem Einfluß gelangt. Das badische Parlament sah anfangs der neunziger Jahre die ersten Sozialdemokraten einziehen und erst später folgte der Einzug von Sozialdemokraten in den bayerischen Landtag, nachdem allerdings schon Mitte der achtziger Jahre die sächsische Sozialdemokratie Vertreter wie Bebel und Stolle in den sächsischen Landtag entsenden konnte.

Und doch läge begründete Veranlassung vor, gerade die badische Verfassungsfeier würdig und eindrucksvoll zu begehen, nicht um zu zeigen, „wie herrlich weit wir es in den verflorenen 100 Jahren gebracht“, sondern der breiten Öffentlichkeit Kunde davon zu geben wie die im badischen Parlament geführten ständigen Kämpfe um die Fortentwicklung und den Ausbau der Verfassung geradezu typisch waren für die Entwicklung des politischen und parlamentarischen Lebens in Deutschland überhaupt. Es gab Zeiten, in denen man mit hohem Interesse den badischen Kammerverhandlungen folgte. Wenn schon der erste Landtag im Jahre 1819 nach kaum dreimonatlichem Bestehen in dem damals regierenden Großherzog Ludwig recht ungnädig nach Hause geschickt und den Wahlmännern verboten wurde, mit den Abgeordneten in Verbindung zu treten, weil diese am Militärbudget — Baden hatte noch sein eigenes Militär — für die Jahre 1819 und 1820 je 122 000 Gulden strichen, wenn in den vier Jahren des vorigen Jahrzehnts gerade in der badischen Kammer der mahrende Ruf nach Einheit und Freiheit des deutschen Volkes am eindringlichsten erscholl, wenn in den „hellen Jahren“ 1848/49 in vielen Städten unseres engeren Heimatlandes die Republik proklamiert wurde und das kleine Baden damals das politisch am weitesten vorgeschrittene Land in Deutschland war, wenn in den 70er und 80er Jahren der fogen. Kulturkampf die höchsten Wellen schlug und in den vier Jahren der Kampf um die Beilegung des indirekten Wahlrechtes am heftigsten tobte, — wenn wir diese charakteristischen Zeitepochen und noch gar viele andere Epochen des badischen Verfassungslebens an unserem geistigen Auge heute prüfend und nachkritisch vorbeiziehen lassen und dabei die oft ungünstigen Verhältnisse und die bekannte Abneigung des Deutschen, sich in politische Probleme zu vertiefen und zu ihrer Durchleuchtung das Höchste zu wagen, in vollem Umfange berücksichtigen, dann darf gewiß behauptet werden, daß sich das badische Volk im allgemeinen und seine Vertreter in der Kammer im besonderen in ihrer Mehrheit tapfer um die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte geschlagen haben. Antwortete doch der bekannte Geschichtsschreiber und spätere Mitglied der Ersten Kammer, der Freiburger Universitätsprofessor v. Kottel anlässlich einer Verfassungsfeier auf die Frage: Was ist es, worüber wir uns freuen? kurz und prägnant mit den Worten:

Zurzeit gehören von den 78 badischen Abgeordneten nur 12 der Sozialdemokratie an, aber in den nächsten Jahrzehnten dürfte sich zweifellos diese Zahl wesentlich erhöhen. Denn auch für die badische Sozialdemokratie arbeitet die wirtschaftliche Entwicklung und die Nachwirkungen des Weltkrieges verheißend ihr zu größerer politischer Bedeutung. Ist ja das kleine Baden ebenfalls auf dem sicheren Wege zum Industriestaat und in nicht gar ferner Zeit wird seine Arbeiterzahl, die schon vor dem Kriege rund 300 000 betrug, durch die Ausdehnung der Industrie, durch die Kanalisierung des Oberrheins und dadurch bedingter Herstellung und Arlegung von Kraftwerken an der badisch-schweizerischen Grenze und sonstiger Umstände beträchtlich steigen. Die politischen Rückwirkungen ergeben sich dann von selbst.

„Die Verfassung hat uns ein politisches Leben als Volk gebracht: Ein Volk von Baden“ waren wir nicht, nur Preussener, Pfälzer, Fürstenberger, Nellenburger. Jetzt erst treten wir in die Geschichte mit eigener Rolle ein.“

Die sozialen Verhältnisse von heute gleichen denen vor 100 Jahren in mancher Beziehung. Das Volk war durch die Napoleonischen Kriege berarmt, der Bauernstand völlig ausgefaugt und auch der Handwerkerstand hart mitgenommen. Denn das Großherzogtum Baden war jahrelang Meerstraße und Kriegslager zugleich gewesen. Wir glauben Töne aus der Zeit des jetzigen Weltkrieges zu hören, wenn wir lesen, daß der Abgeordnete Fecht am 17. Mai 1818 in der Zweiten Kammer fliegend ausrief: „Das badische Volk lernt das Brot nur noch im Vaterlande kennen!“ Die Hungersnot war damals fast so groß wie heute, denn die Jahre 1816 und 1817 hatten Mähernten gebracht. „Wir sind auf dem offenen geraden Weg zur gänzlichen Verarmung“, bekannte gleichfalls in der Kammer der Emmendinger Abgeordnete v. Liebenstein. Auf den Bauern lastete der Zehnten, drückten die Fronlasten und wenn sie Geld brauchten, mußten sie es leihen und Buhgeren hohe Zinsen bezahlen. Der Handwerkerstand in den Städten lag nicht minder darnieder.

„Kottel zeichnete die damaligen Staatenverhältnisse ganz richtig, denn der fogen. Befreiungskrieg hatte zwar die deutschen Fürsten von der Napoleonischen Vormundschaft befreit, aber die Völker waren auch nachher rechtlos, staatlich zerrissen und politisch ohne jeden Einfluß; wir können uns an sich schwer in eine Zeit hineinbeugen, in welcher es keine Anteilnahme an der Gemeindeführung, keinen badischen Landtag und keinen deutschen Reichstag und nur eine einzige politische Zeitung in Baden, die amtliche „Karlsruher Zeitung“, gab.“

Auch die kulturellen Aufgaben des Staates litten merklich. Das Schulwesen stand auf einer tiefen Stufe. Der Volksschullehrer war im Sommer knecht, im Winter unterrichtet er. Dafür bekam er jährlich 15 Gulden und mußte bei den Bauern „reich um essen“; in den Städten bezahlte man den „Schulfürsten“ höchstens 200 Gulden jährlich. Zum Besuch höherer Schulen ließ man nur die Söhne der Besthenden zu. Die Söhne der Bauern und Bürger wußten ein Vermögen von 8000 Gulden nachweisen, um in das Reich der Beamtenberuflichkeit zu gelangen. Anderenfalls lautete der Bescheid, „sich, wenn er nicht sonst einem Metier sich bestimmen wolle, dem Schreibereifach zu widmen.“ So stieß man überall auf Benachteiligung und Rechtslosmachung des Volkes. Und nicht immer und überall hatte man das Empfinden, daß die Beilegung solcher Zustände angebracht sei, denn in der ersten Tagung des badischen Landtages stimmten noch 20 Abgeordnete in der Sitzung, welche die Aufhebung der Prügelstrafe beschloß (lebige Burischen und sonstige lieberliche Kerle erhielten Prigel mit dem Stock und dem Ohrenzweimer) für den guten, alten Polizeistock.

Aber auch die Sozialdemokratie darf gebührenden Anteil an der badischen Verfassungsfeier nehmen, denn sie ist zweifellos das legitime Kind des Verfassungslebens. Was waren ihre gesamte politische und sonstige öffentliche Tätigkeit, wenn es ihr nicht möglich wäre, durch das Parlament zu dem Volke zu sprechen, wenn sie nicht hierdurch die passende Ge-

Über die Jahre kamen und gingen und allmählich erholte sich auch das badische Land von den schweren Kriegswunden; sein natürlicher Reichtum an Wäldern, Weiden und Feldern, seine Schotterwaldflusstäler, seine zum Anbau von Wein und Tabak geeigneten Landstriche und seine landwirtschaftlichen Schönheiten schufen die Vorbedingungen zum wirtschaftlichen Aufstieg. Man darf behaupten, daß auch Baden einen großen Anteil an der Entwicklung des deutschen Reiches zum Weltwirtschaftsstaat hat.

In politischer Beziehung war der Grundzug des öffentlichen Lebens trotz der Reaktionsperiode der nachmärzlichen Zeit im allgemeinen ein freisinnig liberaler. Daß diese in der neueren Zeit verlassen werden soll, daß „schwarze Wolken“ am politischen Himmel Badens aufsteigen, ist die dauernde Sorge aller jener Staatsbürger, die Baden wirklich zu einem Musterlande in politischer wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht umgestalten möchten. Die badische Sozialdemokratie arbeitet an der Erreichung dieses hohen Zieles, wert des Schweißes der Besten des Großherzogtums. Sie begeht die morgige Verfassungsfeier mit dem aufrichtigen Gelübde, daß für ihre Betätigung wie bisher auch künftig der Reichstag gilt:

Alles für das Volk, alles durch das Volk!
A. W.-n.

Deutscher Tagesbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 20. Aug. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Südwestlich von Baillet steigerte sich die Artillerietätigkeit mehrfach zu größerer Stärke. Auf dem Kampffelde des 18. August erneuerte der Feind gestern Abend seine Angriffe. Sie kamen südlich von Mettern in unserem zusammengefahten Feuer nicht zur Entwicklung. Nördlich von Neuz Berguin wurden sie im Nahkampf abgewiesen. Weiter östlich der Vysh nahmen wir vor einigen Tagen unsere westlich von Merville weit vorgeschobenen Posten ohne Kampf in eine Linie östlich des Dorfes zurück. Merville wurde gestern Nacht von feindlichen Abteilungen besetzt. Bei Lens und an der Scarpe wurden englische Vorkämpfer abgewiesen.

Heeresgruppe Vochn. Nördlich von Lions griffen unsere Stotruppen die vorderen englischen Postenlinien an, nahmen ihre Besatzungen gefangen und wehrten Gegenangriffe des Feindes ab. Südwestlich von Chalmes schlugen wir einen am Abend nach kurzem Feuerkampf vorbereiteten feindlichen Angriff zurück. Nordwestlich von Roye griff der Feind erneut mit Panzern an; er wurde abgewiesen.

Zwischen Verdreignes und der Dije tobte über er-bitterter Kampf. In breiter Front ging hier der Feind zum Teil mit frisch eingeleiteten Divisionen wiederholt zu starken Angriffen vor. Südlich von Grapeaumesnil brachen seine Angriffe vor unseren Linien zusammen. Weiter östlich von Fresnières scheiterten sie an unserem Gegenstoß. Im heftigen Nahkampf wurde der Kampf zwischen La-signy und Thiescourt abgewiesen. Teile unserer vorderen Linie, in die er vorübergehend eindrang, wurden wieder gefäubert, ebenso hielten wir unsere bis zur Dije anschließenden Linien gegen hartnäckige Angriffe des Gegners. Bis zum Abend war der Feind in seine Ausgangsstellungen zurückge-worfen. Zwischen Dije und Lisne nahm der Feuerkampf am Nachmittag wieder große Stärke an. Gegen Abend legte der Feind seine Infanterieangriffe zwischen Carlepont und Roubroun fort. Auf beiden Angriffslinien wurde er im Nahkampf abgewiesen. In der Mitte der Front hielt unter Artilleriefeuer die Infanterie des Feindes vor unseren Stellungen nieder.

Heeresgruppe Galluis. Zwischen Maas und Mosel drangen unsere Erkundungsabteilungen mehrfach in die feindlichen Gräben ein.

Leutnant Beltjens errang seinen 29., 30. und 31., W-pfeldweibel May seinen 21., 22. und 23., Leutnant Koeth seinen 22. Luftsteg.

Der 1. Centralquartiermeister: Lubendock.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 20. Aug., abends. (Amtlich.)

Zwischen Dije und Lisne hat heute der seit einigen Tagen erwartete, am 18. und 19. August durch starke Angriffe eingeleitete erneute Durchbruchversuch der Franzosen begonnen. Nach erbittertem Kampf wurde der erste Ansturm des Feindes in unseren Schlachtfeldstellungen gebrochen.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.W. Wien, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart: In der Nacht zum 18. August vollführten südlich des Sajo Rostjo unsere Sturmtruppen einen erfolgreichen Vorstoß in die feindlichen Linien. Im Malone-Gebiet wurden italienische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Der Chef des Generalstabs.

Italienischer Bericht.

Rom, 20. Aug. (W.W. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht von gestern: Auf der ganzen Front lebhafteste Artillerietätigkeit. Mehrere wertvolle Abteilungen von Erkundungsabteilungen. Unsere Patrouillen beunruhigten wirksam die vorgeschobenen feindlichen Linien auf dem rechten Piave-Fluss und östlich des Montello. Feindliche Abteilungen wurden im Judicarien- und Astach-Tal und nördlich des Col-del-Rosio in die Flucht geschlagen. Feindliche Truppenbewegungen hinter der Linie auf dem Orappo, am Lago wurden wirksam unter Feuer genommen. Ein feindlicher Angriffsvorstoß südwestlich von Rapadopol wurde glatt in unserem Feuer verhin-

Vert. Am gestrigen Tage erzielten unsere Bombenflugzeuge beim Abwerfen von 200 Kilogramm Bomben auf feindliche Flugplätze an der Abzuga Vorkämpfer.

Die Gesamtverluste der Kanadier.

Amsterdam, 19. August. (WZ. Nicht amtlich.) Nach einem hiesigen Blatte meldet die „Times“ aus Toronto, daß die bisherigen Gesamtverluste der Kanadier auf 100 000 Mann geschätzt wurden.

Tschechen gegen die Tschecho-Slowaken.

WZ. Brünn, 20. August. Das tschechische Blatt „Glas“ schreibt zu der Anerkennung der Tschecho-Slowaken durch England als verbündete Nation: Mit dieser Erklärung jündet eigentlich England unserem Volk das Dach über dem Kopf an.

Kleine Kriegsnachrichten.

Stockholm, 20. Aug. (WZ.) „Aftonbladet“ meldet unter der Überschrift: Endlich Klarheit in der „Lusitania“-Affäre, daß aus dem Prozeß der überlebenden Passagiere gegen die Cunard-Linie recht das Vorhandensein von Munition auf der „Lusitania“ hervorgegangen sei, daß also diejenigen an dem Unglück die Schuld tragen, die auf dem Munitionsdampfer Passagiere mitgenommen hätten.

Wien, 20. Aug. (WZ.) Ein russischer Funkpruch behauptet, am 18. August sei Tschernigow von aufständischen Bauern eingenommen worden, die zwei Geschütze, Maschinengewehre und Geld aus der Staatsbank und den Eisenbahntassen erbeutet hätten.

Bukarest, 20. Aug. (WZ.) Bei der Requirierungskommission in Galaz wurden Unterschleife in Höhe von vier Millionen erbeutet, die unter der früheren Regierung Pratiuanu-Tale Jonescu von den damaligen leitenden Beamten der Stadt und des Distrikts begangen wurden.

Schwierige Kabinettsbildung in Holland. Die Niederl. Tel.-Agentur erfährt, daß Königin Wilhelmina um die Enthebung des ihm gestellten Auftrages der Kabinettsbildung gebeten habe. — Die Königin empfing gestern die Staatsminister Savornin und Lohman auf Schloß Loo.

Die Neutralität Spaniens.

WZ. San Sebastian, 19. August. (Reuter.) Ministerpräsident Dato hat eine Erklärung veröffentlicht, in der er nach einer scharfen Kritik an den Zeitungen, die es für zweckmäßig hielten, gegen die Vereinbarungen, die von der spanischen Regierung zum Schutze der Lebensinteressen der Nation beschloffen wurden, zu schreiben, sagte, Spanien wolle nicht in den Krieg eintreten, da es keinen Grund zur Teilnahme habe.

Die Anklage gegen die ehemaligen rumänischen Minister. WZ. Bukarest, 20. August. Aus Fasiu wird amtlich mitgeteilt: Minister Mitescu der Präsident des Parlamentarischen Ausschusses, der mit der Untersuchung der Vergehen der in den Anklagezustand versetzten Minister des Kabinetts Pratiuanu beauftragt ist, beantragte in der gestrigen Kammeritzung den Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Heckeisriß.

Von Walter Meter. (Schluß.)

Er sah dies alles ganz deutlich, der Heckeisriß, sah auch, wie die Feme mit einem jähen Schrei sich über das Kind stürzte. Und sah, daß am Kinde sich nichts mehr regte. Gar nichts mehr. Daß kein Kind, kein einziges Kind, kein letzter Lebenshauch, tot war.

um im Interesse der Unterjuchung wichtige Mitteilungen zu machen. Nachdem Mitescu eingehend einige Erklärungen abgegeben hatte, verlangte er die Genehmigung der Kammer, einen aus parlamentarischer Initiative hervorgegangenen Entwurf eines Gesetzes vorlegen zu dürfen, wonach der Ausschluß berechtigt sein wird, die Verhaftung der ehezeitigen Minister zur Fortsetzung der Unterjuchung zu veranlassen.

Wien, 20. August. (WZ. Nicht amtlich.) Wie die polnische Presseagentur meldet, ist Fürst Radziwill, Chef des polnischen Staatsdepartements in Warschau, heute nachmittag in Wien eingetroffen und von den Mitgliedern der polnischen Vertretung in Wien empfangen worden.

Wien, 20. August. (WZ. Nicht amtlich.) Der polnische Presseagentur zufolge wird für morgen vormittag die Ankunft des Berliner Vertreters des polnischen Staatsdepartements Graf Nam Konifler in Wien erwartet.

Wien, 20. August. (Privattelegramm.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Krakau: Einer Warschauer Meldung zufolge wurden in informierten Warschauer Kreisen als sogenannte Mindestforderungen, die den Ausgangspunkt der Verhandlungen zwischen dem Prinzen Radziwill und dem deutschen Hauptquartier bildeten, genannt: Sicherung und Erhaltung der jetzigen Westgrenze Polens, Anerkennung der Bug-Vinie als Grenzlinie im Osten, Beteilung von gewissen litauischen Territorien an Polen, gegen eventuelle Abtrennung von drei Bezirken im Gouvernement Suwalki an Litauen.

Die künftige Politik der Ukraine. Der ukrainische Ministerpräsident Wyjogul erklärte Vertretern Berliner Zeitungen, er hoffe auf eine erfolgreiche Beendigung der ukrainisch-russischen Verhandlungen.

Weiter teilte der ukrainische Ministerpräsident mit, daß die ukrainische Regierung den russischen Rubel in drei bis vier Monaten außer Verkehr setzen werde und hoffe, aus der über mittelmäßigen Ernte 10 Millionen Rubel (16 000 000 Tonnen) Getreide zum Export verfügbar zu machen.

„Schau, Marie, 's war halt doch richtig damals; ich bin nicht lebend unten angekommen!“ Er hatte sich während des Traumes immer weiter vorgebeugt gehabt und war dann plötzlich vornüber gefallen.

Die Lage in Russland.

Moskau, 15. Aug. (WZ.) Die Kommunisten (Bolschewiki) aller Orten in ganz Russland organisieren eine Reihe von Versammlungen, um die Arbeiter und die Truppen über die Notwendigkeit des Kampfes mit den konterrevolutionären tschecho-slowakischen Banden aufzuklären.

WZ. Petersburg, 18. Aug. Ein Teil der Garnison von Krasnojelo mit dem Kommandanten an der Spitze, hat gemeutert. Er beabsichtigt zunächst, gegen Petersburg zu marschieren.

Moskau, 17. Aug. Die hiesige Presse meldet: Die außerordentliche Kommission, welche in Nischni-Nowgorod eine Veranschaulichung gegen die Rätegewalt auf, Mitglieder der gegenrevolutionären Organisation, welche im Zusammenhang mit der Einnahme Kojans die Bevölkerung zum Aufstand verleiten suchten, wurden verhaftet.

Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Privattelegramm. Das bolschewistische Stockholmer Blatt „Folks Dagblad“ behauptet, daß die internationale sozialistische Kommission in Moskau, daß das englische Infanterieregiment Nr. 17, das sich in der Gegend von Dnepr befand, durch die Sowjettruppen einen Sieg errungen haben.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

WZ. Stockholm, 20. Aug. (Nicht amtlich.) Meldungen aus Moskau zufolge hat der Volkskommissar Kederew dem Vorstehenden des Volkswirtschaftsministeriums in Gouvernement Wolgda folgendes mitgeteilt: Die Lage unserer Truppen in Archangelsk ist vollständig zufriedenstellend.

„Magst vielleicht Recht haben, aber ein zweites Mal will ich eine solche Nacht nimmer mitemachen.“ 's bleibt dabei; 's bleibt hier, 's bleibt hier, 's Mariele!“

„Ja, Marie, wo bleibt jetzt dein Zuspruch: „Denk an das Kind?“ Ja, ja, ich denk dran; aber weil ich dran denk, Mariele, denk ich auch dran, was ich mir wünsche, als ich dir dein Schlafgemach mit diesem Spaten da schaufelte.“

„So hatte er beim Grabe zu seiner Frau gesprochen, zur Wieland Marie, die nebenan lag und ihm nicht antwortete.“

„So, jetzt bist du der Ratshausbäcker!“ Und bis dann der Heckeisriß nachgekommen war, da hatten wir ihm beide so lustig entgegengegrüßt, daß es auch ihm wie weiches Wetterleuchten über sein gehärmtes Gesicht gehuscht hatte.

„So, das ist also das kleine Geschächchen, das ich euch gestern abend noch versprochen hatte.“ Das letzte von Mleken des Totengräbers. Die letzte Erinnerung an den „Heckeisriß!“

Aus aller Welt.

Zusammenstoß zweier Unlauberzüge. Die Blätter melden aus Villach (Oesterreich): In der Nacht zum 14. August erfolgte auf der Station Uggeviß der Staatsbahnlinie Villach-Pontafel der Zusammenstoß zweier Unlauberzüge.

Die Pest. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet, daß in dem Themiatischen Grabfeld an Bord eines aus Kalkutta angekommenen Schiffes vier verdächtige Krankheitsfälle vorkamen.

Im Paradies der Kriegsgewinner. In Wiener Blättern liest man: In Wien oder gar in einer Großstadt Deutschlands könnte so leicht kein Geschäftsbester es wagen, wie in Maricobab für eine aus vier Kartoffeln bestehende Portion 3,20 Mark zu nehmen.

„Gut wie der Ratshausbäcker sieht jetzt aus!“ Und lachend hatte ich sie dann gepackt und den Seifenchaum in ihr Gesicht abgerieben. Gesicht an Gesicht.

„So, jetzt bist du der Ratshausbäcker!“ Und bis dann der Heckeisriß nachgekommen war, da hatten wir ihm beide so lustig entgegengegrüßt, daß es auch ihm wie weiches Wetterleuchten über sein gehärmtes Gesicht gehuscht hatte.

„So, das ist also das kleine Geschächchen, das ich euch gestern abend noch versprochen hatte.“ Das letzte von Mleken des Totengräbers. Die letzte Erinnerung an den „Heckeisriß!“

„So, das ist also das kleine Geschächchen, das ich euch gestern abend noch versprochen hatte.“ Das letzte von Mleken des Totengräbers. Die letzte Erinnerung an den „Heckeisriß!“

„So, das ist also das kleine Geschächchen, das ich euch gestern abend noch versprochen hatte.“ Das letzte von Mleken des Totengräbers. Die letzte Erinnerung an den „Heckeisriß!“

Deutsches Reich.

Militärische Gegner des Verständigungsfriedens.

In den Jahrbüchern für die deutsche Armee und Marine, deren Leitung in den Händen des Generals Heim liegt, veröffentlicht der Oberstleutnant Freiherr von Wald einen Artikel, in welchem er die Frage untersucht, ob ein Verständigungsfrieden im Westen erstrebenswert sei. Er kommt, wie gleich vorausgeschickt werden soll, zu einer Verneinung dieser Frage. Das erwähnte Organ ist in Offizierskreisen sehr stark verbreitet, so daß man wohl annehmen darf, daß die in dem Artikel niedergelegte Ansicht von weiten Kreisen des Offizierskorps geteilt wird. Die Beweisführung macht sich der Verfasser allerdings ziemlich leicht: Er meint, nachdem so viel Blut vergossen ist, darf es nicht nutzlos vergossen sein. Die Forderungen des Verfassers gipfeln in dem Verlangen, daß wir die Friedensbedingungen diffundieren und daß wir Kriegsschadigungen verlangen und verlangen müssen in dem Maße und in der Form, wie es bei Kriegsende möglich sein wird. Gegen die Friedensresolution des Reichstags fährt der Oberstleutnant von Wald ganz besonders schweres Geschütz auf. Seine Vorwürfe sind nicht neu, denn sie sind in der militärischen Presse in der gleichen Form und mit der gleichen Heftigkeit schon wiederholt erhoben worden. Es ist eben ein großer Unterschied, ob man die Dinge mit den Augen des Offiziers ansieht, der unter allen Umständen daran festhält, daß eine Entscheidung nur durch die Waffen möglich ist oder ob man an die Abwägung der Fragen mit einem Gefühl der Verantwortlichkeit herantritt. Es klingt zweifellos recht falsch, wenn der Verfasser sich die Worte Bismarcks im preußischen Abgeordnetenhaus zu eigen macht: „Nicht durch Reden und Mehrheitsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit gelöst, sondern durch Blut und Eisen.“ Damit, daß man sich zu einem solchen Grundsatze bekennt, kommt man dem Frieden aber nicht näher; denn die Erkenntnis bricht sich doch immer mehr Bahn, daß der Krieg nicht allein durch die Waffen entschieden werden kann, und daß man schließlich je eher desto besser den Weg der Verständigung einschlagen muß. Die Ausführungen des Verfassers des angezogenen Artikels zeigen aber wieder, daß die politisierenden Offiziere von Voraussetzungen ausgehen, die von der breiten Masse des Volkes nicht geteilt werden können. Das hat ja auch zu den ganzen unerquicklichen Vorberathungen der letzten Wochen geführt, die klar und deutlich erkennen ließen, daß ein latenter Gegensatz zwischen der militärischen Leitung und der Zivilregierung, die die eigentliche Verantwortung zu tragen hat, besteht. Die Art, wie die politisierenden Offiziere ihre Agitation betreiben, ist allerdings nicht gerade dazu angeht, auf einen Ausgleich dieser Gegensätze hinzuwirken. Es genügt aber, gelegentlich einmal darauf hinzuweisen, in welchem Gedankenraum sich ein Teil der deutschen Anschauungen der großen Mehrheit des Volkes stellt.

Gelferich und Hinge. Nach der „Deutschen Zeitung“ wird Dr. Gelferich nicht nur deshalb seinen Botschafterposten niederlegen, weil es für ihn gegenwärtig in Rußland nichts zu tun und zu suchen gibt, sondern auch deshalb, weil er mit dem Staatssekretär von Hinge nicht einer Meinung über die in Rußland zu verfolgende Politik ist. Lang hat also die neue Freude des vielgewandten, listenschichten Mannes nicht gedauert, bleibt nur abzuwarten, für welches neue Amt er sich als einziger Bewerber präsentieren wird.

Ein bayerischer Ministerialerlass gegen den Schleichhandel. Der bayerische Minister des Innern hat einen in Ton und Inhalt scharfen Erlass an die bayerischen Kommunalverwaltungen gegeben. Darin wird der Schleichhandel und der wilde Aufkauf auf das schärfste verurteilt und die schärfere Erfassung der Lebensmittel beim Erzeuger angeordnet. Die Landwirte werden eindringlich ermahnt, diese Warnung zu beachten, da sonst ohne Rücksicht weiter vorgegangen werden müsse. Auch die Bevölkerung wird unter Androhung verschärfter Maßnahmen gewarnt vor dem Heberbeien und vor schleichenden Einkäufen von Lebensmitteln.

Deutsches Krieger-Kurhaus. Wie wir hören, hat der Hilfsfond für deutsche Krieger in der Schweiz gemeinsam mit dem Reichsausschuß der Kriegsschadigtenfürsorge und dem deutschen Zentralkomitee vom Roten Kreuz zur Unterbringung kriegsrannter Kriegsschadigter in Davos das bisherige Kurhaus „Valbella“ erworben. Es wird unterkunft bieten für 140 Kriegsschadigte und Ende dieses Jahres unter dem Namen „Deutsches Krieger-Kurhaus“ seinem neuen Zweck zugeführt werden.

Man packt endlich zu. Mit Genehmigung der Reichsstelle hat die hessische Landesgemüsestelle endlich die öffentliche Verwirklichung der Wahlen in einer Anzahl Bemerkungen verfügt. Da eine Einhaltung der Höchstpreise bei den Erzeugern nicht zu erreichen war, greift die Landesgemüsestelle jetzt zu dem Radikalmittel der öffentlichen Bewirtschaftung. Alle Wahlen sind vom Erzeuger an die Landesgemüsestelle zum Erzeugerhöchstpreis abzulefern. Jeder anderweitige Verkauf und Kauf ist mit schwerer Strafe bedroht. Militärkommandos überwachen die Ortstrassen und Wege.

Aufgehört. Eine am Sonntag in Köln unter freiem Himmel veranstaltete sozialdemokratische Volksversammlung verfiel der polizeilichen Auflösung, als der Redner, Redakteur Trimborn versuchte, aus einer Broschüre von Parvus Zahlen zu zitieren. Wie die „Kölnische Ztg.“ mitteilt, wird gegen die Auflösung Beschwerde erhoben werden. (Freit. Ztg.)

Baden.

Das Einkommensteuergesetz

wurde am Dienstag nachmittag in der Budgetkommission erledigt, nachdem am Vormittag die eingeleitete Unterkommission ihre Arbeit zum Abschluß gebracht hatte. Einkommen von 2400 Mk. bis 4200 Mk. sollen von Zuschlägen nicht ganz frei sein; entgegen dem Vorschlag der Regierung soll der Zuschlag aber nicht 10 Prozent, sondern nur 5 Prozent betragen. Die Mehrbelastung wird für diese Steuerstufen im Jahr 2-5 Mk. betragen. Für alle Einkommen, die höher sind als 4200 Mk., bleibt es bei den Vorschlägen der Regierung. Eine Verschärfung tritt, wie es der sozialdemokratische Antrag verlangt, bei Einkommen von über 200 000 Mark ein, die nicht 60 Prozent, sondern 65 Prozent Zuschlag bezahlen müssen. Die Änderungen bringen der Staatskasse eine weitere Einnahme von 430 000 Mark, im gesamten eine Mehreinnahme von 5 1/2 Millionen Mark.

Vom Finanzminister werden eingehende Mitteilungen gemacht über die Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen, die an Beamte und Arbeiter gegeben werden sollen. Die Zulagen dürften im allgemeinen für Verheiratete 300 Mk., für jedes Kind 10 Prozent der Zulage betragen. Die neuen Ausgaben sind notwendig, um die Arbeiter und Beamten vor weiterer Not zu schützen. Bei der Tagung des Landesarbeitersausschusses mußte sich die Regierung überzeugen, daß baldige Hilfe geboten ist. Für den Winter müssen Holz, Kohlen, Kleider, Schuhe und Lebensmittel beschafft werden, Geld ist aber dafür keines vorhanden. Der Aufwand wird auf 10 1/2 Millionen Mark für die Eisenbahnverwaltung und auf 6 1/2 Millionen Mark für die allgemeine Staatsverwaltung berechnet. Das Vorgehen der Regierung wird von allen Parteien gebilligt. Auch in der Eisenbahnverwaltung geht ein unheimliches Sörgengespinnst umher. Nach den Mitteilungen des Herrn Finanzministers ist trotz erhöhter Einnahmen kaum zu erwarten, daß im Jahre 1918 die Schuldzinsen bezahlt werden können. Wohl sind die Einnahmen gestiegen, aber im Schnellzugstempo steigen die Betriebsausgaben und andere Ausgaben. So ist der Preis für Kohle von 15.65 Mk. auf 37.60 Mk. per Tonne, für Holz von 60 Mk. auf 185 Mk., für Öl von 370 Mk. auf 1580 Mk., für Blech von 141 Mk. auf 281 Mk. gestiegen. Die Beschaffung von Wagen und Lokomotiven ist um 30 bis 100 Prozent teurer geworden.

Veraten wird dann die Denkschrift „Das Sonderrecht Badens in dem Reichsgesetz über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918“. Die Budgetkommission billigt das Vorgehen der Regierung und ihre Zustimmung zu dem Gesetz. Zum Schluß wird noch der Geleichenwurf erledigt betr. die Gemeindecinkommenbesteuerung. Nach diesem Gesetz sollen die Gemeinden das Recht erhalten, zur Gemeindesteuer die gleichen Zuschläge zu erheben, wie sie in dem Gesetz für die Staatseinkommensteuer festgelegt sind.

Badische Regierung und Religionsunterricht.

Auf unsere Ausführungen über die neue Prüfungsordnung für den Volksschulunterricht brachte in ihrer gestrigen Ausgabe die „Karlsruher Zeitung“ einen halbamtlichen Artikel, aus dem hervorgeht, daß es der Regierung anstehend doch nicht gleichgültig ist, wenn man ihr nachsagt, sie stelle sich völlig unter das Szepter der Kirchenbehörde in ihren Anweisungen über die Lehrprüfung. Die Regierung stellt die ganze Sache als höchst harmlos hin, es sei ja überhaupt nichts geschieden, die Religion sei Pflichtschach, und da müsse eine Behörde vorhanden sein, die die Lehrer auf ihre Fähigkeit hin prüft, diesen Unterricht auch erteilen zu können. Nur schade, daß diese Regierungslogik ein Loch hat. Dieser Logik steht nämlich eine andere ungleich höhere Logik und dem ideinharen Recht des Herrn Kultusministers ein anderes, ungleich höheres Recht gegenüber; nämlich der verfassungsrechtlich verbürgte gleiche Anspruch jedes Staatsbürgers ohne Unterschied der Religion auf die Zulassung zu den staatlichen Ämtern und das Recht der Gewissensfreiheit für jeden; Rechte und Ansprüche, die nur dann gewahrt bleiben, wenn keinem aus der besonderen Art seines religiösen Bekenntnisses irgendwelche persönliche Nachteile oder Sanktionen erwachsen. In dem vorliegenden Falle aber wird für die Angehörigen bestimmter Religionsgemeinschaften ein Sonderrecht geschaffen, bezw. rechtlich stärker verwahrt, die Nichtbekenner dieser Religionsformen dagegen werden von diesen Ämtern ausgeschlossen, der allgemeine Lehrerberuf also aus einem Recht aller zu einem Privileg dieser Religionsbekenntnisse gemacht. Das ist das Gegenteil von Gewissensfreiheit, vielmehr ein unbilliger Verstoß gegen die gleiche Gerechtigkeit, die alle in der Art, die sie haben, aber zufällig nicht dem katholischen oder protestantischen Bekenntnis anhängen, und das Gegenteil des gleichen Rechtes aller auf die staatlichen Ämter.

Ueber diese Lasten, an denen der Artikel der „Karlsruher Ztg.“ übrigens vorzüglich vorbeizieht wie der Fuchs um eine Falle, hilft keine noch so scheinbare logische Deduktion aus dem Paragraphenwerk des Schulgesetzes hinweg; denn über dem Schulgesetz steht die Verfassung und verfassungsmäßige Rechte und Bürgerpflichten können und dürfen durch keinerlei Prüfungsordnung oder sonst auf dem Verordnungsweg aufgehoben oder durchlöcher werden. Nicht die Verfassung hat sich dem Einzelgesetz, erst recht nicht einer Verordnung anzupassen, sondern Einzelgesetz, Verordnung und Ausführung sind dem geltenden Gedanken der Verfassung. Und dies ist nicht die Schwere der Anklage gegen die derzeitige badische Politik aus, daß sie ausgeprochen oder auch nur geahnter Wünschen des Zentrums nicht genügend Widerstand entgegenstellt, ja ihnen meistens schon willig auf halbem Wege entgegenkommt, unbekümmert darum, ob damit nicht wieder wichtige Stücke der allgemeinen Verfassungsrechte preisgegeben werden.

Baden und das Branntweinmonopol.

Der Finanzminister hat der Zweiten Kammer des Landtags eine Denkschrift über das Branntweinmonopol Baden in dem Branntweinmonopolesetz vom 26. Juli 1918 vorgelegt. Die Sachlage wird darin in folgender Weise dargelegt: An die Stelle des Kontingents ist das Brennrecht getreten. Da dieses Brennrecht erheblich größer ist, wie das Kontingent und da gleichwohl dem gesamten Brennrecht der bisherige Kontingentsvorteil ungeändert zugute kommt, so ergibt sich aus der Änderung des Sonderrechts für unsere Brenner zunächst eine wesentlich erhöhte Produktionsmöglichkeit. Weiter steht die Erhöhung des Uebernahmepreises um 750 Mk. und 5 Mk. für die erhöhte Produktion unter Sonderrechtsschutz, die Bestimmungen über die Sicherungen des Preisvorfalls sind daher dieselben, wie sie bezüglich des Steuerortteils (Kontingentsvorteils) bisher bestanden haben. Wenn auch die erstrebte dauernde und unveränderliche Festlegung dieses Preisvorfalls nicht erreicht werden konnte, so bedeuten die neuen Bestimmungen immerhin eine nicht unerhebliche Verbesserung für unser Brennereigewerbe, ohne den bisherigen Sonderrechtsschutz zu mindern. Das mit dem Sonderrechtsschutz ausgestattete Brennrecht kann zwar nach § 34 geführt werden wie bisher das Kontingent. Bemerkenswert ist jedoch für unsere Verhältnisse, daß diese Führung bei Obstbrennereien der in § 27 bezeichneten Art nicht erfolgen darf. Die bisherige besondere Steuerbegünstigung für die Bierbrennereien stand nicht unter Sonderrechtsschutz. Die Bemühungen zu ihrer Erhaltung auch im Monopolesetz sind ergebnislos geblieben.

p. Heidelberg, 20. Aug. Ein gemeiner Streich. Letzte Woche wurde bei Gemeinderat Gen. Ehrlich eine große Fenster-scheibe eingeworfen; das am Fenster sitzende 4 Jahre alte Kind schwebte in großer Gefahr, von den Glassplittern oder dem Stein getroffen zu werden. Man nimmt an, daß die Tat ein Racheakt ist; Gen. Rietz ist bei der Lebensmittelverteilung tätig und da gibt es auch hier immer Leute, die glauben, sie kämen zu kurz. Die beiden Täter, die gefasst wurden, hat man noch nicht gefast.

Wiesbaden 6. Heidelberg. Der Bürgerausschuß hat ein Kapital von 30 000 Mk. aufzunehmen genehmigt, zur Bezahlung der auf die Gemeinde entfallenden Familienunterstützungen und anderen Kriegsausgaben.

Mühlheim, 20. Aug. Ueber den Stand der Reben im Markgräflerland wird der „Freib. Ztg.“ aus Augen geschrieben, daß es in diesem Jahre im Weinbaugebiet recht hoffnungsvoll aussieht. Von pflanzlichen oder tierischen Beschädigungen sei fast nichts zu merken. Der Traubenanfang sei in den meisten Lagen recht gut und das Wachstum bei dem warmen Sommerwetter so weit vorgeschritten, daß sich die Beeren schon zu hellen anfangen. Ausnahmeweise stehe diesmal nicht nur einzelnen ein sog. Glücks-herbst bevor, sondern es dürften so ziemlich alle Weinbergbesitzer mit dem in Aussicht stehenden Ertrag zufrieden sein. Wenn kein Hagelwetter mehr eintrete, so seien die besten Aussichten auf einen guten Herbst gegeben. — Was natürlich nicht abhalten wird, die Weinpreise immer höher zu treiben.

Freiburg, 18. Aug. In den letzten Wochen konnte man einen besonders starken Fremdenverkehr beobachten. Die Touristenhotels und Unterkunftsstätten des Berggebietes waren fast täglich besetzt, so daß sie keinen Fremden mehr aufnehmen durften. Unter den Gästen befinden sich zahlreiche Dauergäste, deren Verhalten nicht immer lobenswert ist. Häufig kann man beobachten, daß diese Fremden große „Wertpapiere“ abgeben und was diese in den meisten Fällen enthalten, dürfte unklar zu erraten sein.

St. Georgen im Schwarzwald, 20. Aug. Der Gemeinderat hat verfügt, daß der Aufenthalt der Fremden im allgemeinen spätestens auf Anfang September einzustellen ist.

Tiisee, 20. Aug. Zu dem schon gemeldeten Waldbrand wird noch mitgeteilt, daß der Schaden an verbranntem Langholz auf 100 000 Mk. geschätzt wird; er ist also viel größer, als anfänglich angenommen wurde.

Meßkirch, 18. Aug. Das Verhalten mancher Fremden ist auch in Hohenzollern ein derartiges, daß das Sigmaringer Blatt in längeren Ausführungen gegen die Plakereien des Fremden-zustroms Stellung nimmt. Nach seinen Darlegungen wächst sich der Fremdenverkehr zu einer Plage aus. Sie verteuern in ungeheurer Weise die Lebensmittel, kaufen zu jedem Preis auf, was zu haben ist und schmälern den Kostlich der Einheimischen. Das Prozedentum mancher Kurgäste wirkt geradezu empörend. (Ganz wie bei uns in Baden.)

Konstanz, 20. Aug. Nach einem Vortrage des Oberstadtratsrates Weiler-Karlsruhe wurde in einer Versammlung am Sonntag ein Beamtenverband Konstanz für die Bezirke Konstanz, Meßkirch, Müllersdorf und Hebertingen gegründet.

Verbot der Verwendung ätherischer Stoffe in gewerblichen Bäckereien. Die Reichsbekleidungsstelle hat die Verwendung ätherischer Stoffe in gewerblichen Bäckereien verboten und Zuwiderhandlungen mit strengen Strafen bedroht. Anlaß dazu boten die sich immer mehr häufenden Klagen über Beschädigung der Wäsche in gewerblichen Bäckereien. Von den Hausfrauen muß aber erwartet werden, daß sie bei den nun einmal augenblicklich unabänderlichen, unzulänglichen Waschmitteln von ihren weitgehenden Forderungen einer blendenden, fadenlosen Weiße der Wäsche ablassen und sich damit begnügen, daß eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Reinheit herbeigeführt wird, mag auch eine leichte Verfärbung der Gewebe — die Fladstauer ist von Natur gelblich — oder mögen auch geringfügige Flecken in der Wäsche zurückgeblieben sein. Waschmittel sollten nur da benutzt werden, wo es für den Gebrauch der Wäsche unbedingt erforderlich ist.

Anzeigepflicht für die Aufstellung von Hauschlachttschweinen. Das Ministerium des Innern hat bestimmt, daß jeder Hauschlachtungsbestand verpflichtet ist, die Zahl der in seinem Besitz befindlichen, zur Selbstversorgung bestimmten Schweine, deren Schlachtung in der eigentlichen Hauschlachtungsperiode vom 15. September 1918 bis 28. Februar 1919 in Aussicht genommen ist, dem Kommunalverband bis zum 15. September 1918 anzuzeigen. Wer nach dem 15. September Schweine zur Selbstversorgung einstellt, hat dies sofort, spätestens aber drei Monate vor der Schlachtung dem Kommunalverband anzuzeigen. Der Hauschlachtungsbestand des Kommunalverbandes eingeholen.

Gewerkschaftliches.

n. Rastatt, 20. Aug. Letzten Sonntag fand hier im Gewerkschaftshaus „Zum Rappen“ eine allgemeine Brauereiarbeiter-Versammlung statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Kollege Hilz von der Verwaltung Karlsruhe sprach über: „Die Uebergangsgewerkschaft“ und die Folgen der neuen Biersteuer für die Brauereiarbeiter. Der Redner legte in ausgezeichneten Ausführungen dar, welche Gefahren das Brauergewerbe und die Arbeiter im Brauergewerbe in Aussicht haben in der Zeit des Ueberganges vom Krieg zum Frieden und durch die schwere Belastung des Bieres durch die neuen Steuern. Auf der einen Seite drohe eine Arbeitslosigkeit durch den von den Gegnern Deutschlands angedrohten Wirtschaftskrieg, wodurch die Brauereien nicht in die Lage versetzt werden, ihre Erzeugung wieder voll aufzunehmen infolge Sperrung der Einfuhr von für die Brauerei wichtigen Stoffe. Auf der anderen Seite bewirkt die gewaltige Besteuerung des Bieres eine derartige Erhöhung des Bierpreises, daß wohl in Rade der Liter Dinnbier auf 1 Mk. zu stehen kommen werde. Die Einschränkung des Konsums werde ebenfalls eine weitere Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Es hielt hier das Gesetz eine zu gewöhnliche Entschädigung auf 20 Wochen an arbeitslos werdende Brauereiarbeiter vor. Auch sind die Arbeiter gezwungen, infolge der immer weiter steigenden Preise für die Lebensmittel und die sonstigen Bedarfsartikel eine Lohn-erhöhung zu verlangen, ebenso sei auch eine Arbeitszeiterhöhung nötig. Erforderlich sei aber, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, daß die Arbeiter in einer geschlossenen, starken Organisation den Arbeitgebern gegenüberzutreten; nur dann haben sie Aussicht, sich mit ihren Wünschen durchzusetzen. — Die inhaltreichen Ausführungen des Kollegen Hilz fanden lebhaften Beifall. Das Ergebnis der Versammlung war die Aufnahme von acht Kollegen in den Verband.

